Gegründet 1877 — Gegründet 1877

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen"

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Für telephon. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konkursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Anzeigenpreise: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 18 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg.

Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.56 M, durch Agent. 1.40 M, die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postscheck-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt" / Telef. 11.

Nummer 259 | Altensteig, Freitag den 4. November 1932 | 55. Jahrgang

Berliner Verkehrsstreik

Berlin, 3. Nov. Das gesamte Personal der Berliner Verkehrsgesellschaft ist am Donnerstag früh in den Streik getreten, so daß unerwartet **weder Straßenbahn noch U-Bahn, noch Autobus verkehren.** Bis zur Stunde ist der Streik restlos durchgeführt worden. Einzelne Arbeitswillige versuchten, auf einzelnen Linien den Straßenbahnverkehr in Gang zu bringen, doch mußten sie wieder umkehren, **da die Wagen von Streikenden demoliert und die Fensterscheiben durch Steinwürfe zertrümmert wurden.** In der Berliner Allee in Weißensee wurde ein ins Depot fahrender Straßenbahnwagen der Linie 60 von etwa acht Nationalsozialisten durch Steinwürfe beschädigt. Zwei den Wagen begleitende Polizeibeamte konnten zwei der Täter festnehmen. Vor den einzelnen Straßenbahndepots sind zahlreiche Streikposten aufgestellt.

Eine Erklärung des „Angriff"

Berlin, 3. Nov. Der nationalsozialistische „Angriff" veröffentlicht zu dem **Berliner Verkehrsstreik** einen Aufruf, der den politischen Charakter der Bewegung klar erkennen läßt. Es heißt darin: „Der Ursprung dieses neuen **wirtschaftlichen** Kampfes von 20 000 Arbeitnehmern der BVG. ist in jahrelanger sozialdemokratischer Korruptionspolitik und in der Notverordnung des Herrn von Papen zu suchen... **Auch** dieser neue wirtschaftliche Kampf wird die Nationalsozialisten wie immer in vorderster Front für die Rechte der Arbeitnehmerschaft sehen. Daher werden **sämtliche Parteigenossen und Sympathisierenden, sowie alle Betriebszellen aufgefordert, sofort ihre Sympathie mit den Streikenden insofern zu beweisen, daß jeder das an geldlichen Mitteln zur Verfügung stellt, was er trotz Not und Armut noch geben kann.** Volksgenossen, zeigt, daß ihr Sozialisten der Tat seid."

•

Der Berliner Verkehr völlig lahmgelegt

Berlin, 3. Nov. Die Berliner warteten am Donnerstag früh zu Hunderten an den Haltestellen auf ihr gewohntes Verkehrsmittel. Erst als sie durch Flugblätter über den Streik bei der BVG. unterrichtet wurden, setzten sich die Massen in Bewegung, um zu Fuß an ihre Arbeitsstätten zu gelangen. An den Betriebsbahnhöfen der BVG. waren noch in der Nacht uniformierte Streikposten aufgestellt worden, die allen Arbeitswilligen den Zutritt zu den Wagenhallen verweigerten. An verschiedenen Stellen kam es zwischen Streikposten und Arbeitswilligen zu kleineren Reibereien, die jedoch von der Polizei im Keime erstickt werden konnten. Die Polizei hat bereits in der Nacht Sicherungsmaßnahmen getroffen und befindet sich zur Zeit in erhöhter Dienstbereitschaft.

Der Schlichter im BVG.-Streik angerufen

Berlin, 3. Nov. Die Verhandlungen zwischen dem Aufsichtsratsvorsitzenden Bürgermeister Dr. Elsas, dem Vorstand der BVG. und den Gewerkschaften sind ergebnislos verlaufen. Der Vorstand der BVG. hat daraufhin den Schlichtungsausschuß Berlin angerufen. Die Verhandlungen begannen nachmittags. Die BVG. beantragt wie bisher 2 Pfennig Lohnsenkung pro Stunde, von vier zu vier Wochen auf den 1. jeden Kalendermonats kündbar. Die Gewerkschaften verlangen dagegen Verlängerung des bisherigen Tarifs bis zum 28. Februar 1933.

•

Aufruf der Betriebszellenleitung der NSDAP.

Berlin, 3. November. Die nationalsozialistische Betriebszellenabteilung, Gau Groß-Berlin, hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: Die Urabstimmung des Personals der Berliner Verkehrsgesellschaft hat in einer überwältigenden Mehrheit den Streik gegen den neuen Lohnabbau beschlossen. Der Streik der BVG.-Bediensteten wird von der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation als wirtschaftlich berechtigt anerkannt. Es muß endlich einmal Schluß gemacht werden mit der ewigen Lohnkürzerei. Dieser Verkehrsstreik in Berlin dürfte nicht der Schluß, sondern wahrscheinlich der Auftakt zu größeren Streikaktionen für die nächste Zeit sein. Der Streik der Arbeitnehmer der BVG. hat seine sittliche und moralische Berechtigung. Eine einheitliche geschlossene wirtschaftliche Front aller bei der BVG. Schaffenden muß gebildet werden! Hoch die Fahne des deutschen Sozialismus für den freien Staat der deutschen Arbeiter.

•

Schiedsspruch im Berliner Verkehrsstreik

Im Berliner Verkehrsstreik wurde heute abend ein Schiedsspruch gefällt, nach dem der Manteltarif bis zum 31. März 1933 verlängert wird. Das Lohnabkommen wird verlängert mit der Maßgabe, daß ab 6. November bei den Löhnen sämtlicher Gruppen mit Ausnahme der der Fahrkartenausgeberinnen eine Kürzung von zwei Pfennigen pro Stunde eintritt. Das Lohnabkommen ist mit monatlicher Frist kündbar. Die Vertreter der Gewerkschaften lehnten den Schiedsspruch ab, während die BVG.-Vertreter die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragten. Der Schlichter für den Bezirk Brandenburg hat dann auch nach fast zweistündiger Sitzung den Schiedsspruch für verbindlich erklärt, weil die gesetzlichen Voraussetzungen vorlägen. Die im Schiedsspruch vorgeschlagene Regelung entspreche daher bei gerechter Abwägung der Interessen beider Vertragsteile der Billigkeit.

•

Fortsetzung des Streiks der Berliner Verkehrsarbeiter

Berlin, 3. November. Von einer Stelle, die sich als zentrale Streikleitung der Verkehrsarbeiter bezeichnet, wurde gegen Mitternacht den Redaktionen eine Erklärung zugeleitet, wonach sich an den Beschlüssen der Streikleitung durch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches nichts ändere; der Streik werde fortgesetzt.

Der Verkehrsstreik in Berlin — Weit über 50 Streikposten verhaftet

Berlin, 3. November. Die politische Polizei hat heute im Laufe des Nachmittags in den Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft eingegriffen und weit über 50 Streikposten festgenommen. Dazu hat sich die Polizei veranlaßt gesehen, weil nach ihrer Ansicht der Hintergrund des Streiks mehr auf politischem als auf wirtschaftlichem Gebiet zu suchen ist.

•

52 Funktionäre der RGO. verhaftet

Berlin, 4. November. Im Zusammenhang mit dem wilden Streik bei der BVG. nahm die Polizei am Donnerstagabend die Berliner Bezirksleitung der RGO. (Industriegruppe, Gemeinde und Verkehr) fest. Die Mitglieder dieser Gruppe befanden sich in einer Versammlung, die den Zweck hatte, einen Sympathiestreik der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke zu organisieren. Insgesamt wurden 52 Funktionäre festgenommen.

Neuer Appell Brauns an Hindenburg

Berlin, 3. Nov. Ministerpräsident Braun empfing Vertreter der Presse und gab ihnen eine Darstellung der Verhandlungen des alten preußischen Staatsministeriums mit dem Reichskommissar über die Wiedereinsetzung in das Amt. Er erklärte, **daß alle Versuche, zu einer Verständigung zu gelangen, gescheitert seien.** Nachdem nun alle Mittel erschöpft seien, sehe er sich gezwungen, sich am Freitag erneut **an den Herrn Reichspräsidenten zu wenden. Er werde ihm in einem Briefe offen darlegen, wie sich die Dinge seit dem Empfang beim Reichspräsidenten entwickelt hätten.** Dabei werde er auseinandersetzen, daß das, worüber nach seiner Meinung bei dem Empfang eine Verständigung herbeigeführt worden sei, die **loyale Durchführung des Urteils des Staatsgerichtshofes durch die Reichsregierung, leider nicht eingetreten** sei, daß man im Gegenteil versuche, mit kleinlichen Mitteln die Wiedereinsetzung der alten preußischen Regierung in ihr Amt zu verhindern. Weiter werde er darauf hinweisen, daß der Herr Reichspräsident berufen sei, das Urteil auszuführen. Er werde ihn deshalb bitten, den Reichskommissar anzuhalten, endlich dafür zu sorgen, daß das alte preußische Staatsministerium wieder in sein Amt eingesetzt werde. Zum Schluß werde er noch betonen, daß er alles getan habe, um zu einer Verständigung zu gelangen. Um so mehr müsse er es bedauern, wenn er gezwungen sei, sich nocheinmal an den Staatsgerichtshof zu wenden.

Beschlüsse des Reichskabinetts

Stützung der Getreidepreise — Einfuhrbeschränkung für Butter

Berlin, 3. Nov. Die Reichsregierung befaßte sich in ihrer **Kabinettssitzung** am 2. und 3. November mit Agrarfragen. **Sie ist der Auffassung, daß ein Abgleiten der Getreidepreise verhindert werden muß. Für die Landwirtschaft tragbare Getreidepreise sind nicht nur im Hinblick auf die gesamte wirtschaftliche Bedeutung und die Notwendigkeit der Erhaltung des Getreidebaues erforderlich, sondern auch um einen Zusammenbruch der Osthilfeaktion, die Gefährdung der bisher für den Osten aufgewendeten Mittel und die dadurch bedingten unübersehbaren Folgen für alle Wirtschaftszweige des ganzen Reichsgebietes zu verhindern. Die Reichsregierung hat daher die hierzu erforderlichen Maßnahmen beschlossen.**

Die Reichsregierung hält es für ebenso dringlich, andere ebenso gefährdete Zweige der deutschen Landwirtschaft zu schützen, um das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweigen zu erhalten und eine ungesunde Ausweitung einzelner Zweige auf Kosten anderer zu vermeiden. **Sie hat demgemäß der Kontingentierung der Butterein fuhr auf Grund der mit mehreren Ländern getroffenen Abreden ihre Zustimmung erteilt. Sie hat ferner den Bericht der Kommission entgegengenommen, die in Brüssel, im Haag, in Rom, Paris und Kopenhagen über die Kontingentierung verhandelte.**

Besonders berichtet wurde über die Einführungsbeschränkung weiterer land- und forstwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft. Die Reichsregierung veranlaßte, daß das besonders reichhaltige Material, das diese Verhandlungen ergeben haben, unverzüglich gesichtet und bearbeitet wird. Nach Abschluß dieser Arbeit wird sie ihre Entscheidung im einzelnen treffen.

•

Entscheidung über die Kontingente nicht mehr in dieser Woche

Berlin, 3. Nov. Wie wir erfahren, steht der Zeitpunkt der **Entscheidung über die Kontingentfrage noch nicht fest.** In unterrichteten Kreisen rechnet man aber nicht damit, daß sie noch in dieser Woche erfolgt. Die Bearbeitung des Materials soll nach der amtlichen Mitteilung unverzüglich durchgeführt werden. Alsdann wird sich das Reichskabinett erneut mit dem Problem beschäftigen und seine Entscheidung treffen.

Versammlungsverbot nach der Wahl

Alle öffentlichen Versammlungen vom 6. bis 19. November verboten

Berlin, 3. Nov. Der Herr Reichspräsident hat durch eine auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung erlassene Verordnung **ein mit dem Wahltage in Kraft tretendes Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen, also auch solcher in geschlossenen Räumen, erlassen, das zu dem in Kraft bleibenden Demonstrationsverbot hinzutritt.** Das Verbot aller öffentlichen politischen Versammlungen ist auf die Tage **vom 6. bis 19. November 1932** befristet.

Zweck dieses Verbotes ist es, daß nach Abschluß des Wahlkampfes **eine Entspannung der durch ihn hervorgerufenen starken politischen Erregung eintritt und daß den Polizeibeamten, an deren Dienst die jetzigen Wochen erhöhte Ansprüche gestellt wurden, eine Ruhe- und Erholungspause gegönnt wird.**

Die Reichsratsaussprache

Berlin, 3. Nov. Im großen Reichsratssitzungssaal trat der Reichsratsausschuß für Verfassungs- und Geschäftsordnungsfragen zusammen. Den Vorsitz übernahm Reichsinnenminister Freiherr von Gayl selbst, der in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Zweigert, des Ministerialdirektors Dr. Gottheiner und anderer Beamter seines Ministeriums erschienen war. Für Preußen waren die Ministerialdirektoren Brecht und Badt anwesend. Außer den Ländern, die durch ihre Hauptbevollmächtigten vertreten waren, waren auch die preußischen Provinzvertreter vollständig erschienen. Auf der Tagesordnung steht offiziell die Geschäftslage des Reichsrats. Tatsächlich handelt es sich jedoch um eine Sitzung, die als Ersatz für eine öffentliche Auseinandersetzung zwischen dem Reich und der preußischen Regierung zwischen beiden vereinbart worden ist, damit eine vertrauliche Aussprache über die Differenzen stattfinden kann. Die Sitzung des Reichsrats war von etwa einstündiger Dauer. Man einigte sich dahin, daß in der nächsten Woche eine neue Sitzung des Verfassungsausschusses stattfinden soll, in der die Verfassungsfragen besprochen werden sollen. Im Anschluß an die heutige Sitzung fand jedoch eine interne Besprechung der Hauptbevollmächtigten der verschiedenen Länder ohne Beteiligung der Reichsregierung über das weitere Verhalten der Länder statt. Auch die interne Besprechung der Ländervertreter dauerte nur kurze Zeit. Sowohl die Ausschußsitzung als auch die Konferenz waren streng vertraulich; irgend welche Auskünfte über den Verlauf der Besprechungen waren nicht zu erlangen.

Bayern und das Reich

Neue Helds-Entschuldigung und Begründung!

München, 3. Nov. Die Auseinandersetzungen, die sich an die Stuttgarter Rede des Ministerpräsidenten Dr. Held geknüpft haben, haben diesem Veranlassung gegeben, in einer fast zweistündigen Rede vor Pressevertretern **den bayerischen Standpunkt zur Frage der Reichsreform** und zu den Maßnahmen der Reichsregierung darzulegen. Held betonte, daß die Behauptungen, **Bayern sabotiere eine Reichsreform,** vollkommen unbegründet seien (?) Bayern habe zu allererst auf die Reformbedürftigkeit

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

der Weimarer Verfassung hingewiesen. Allerdings habe man dabei in Bayern nicht an Dinge gedacht, die außerhalb der Rechtsstandpunkte liegen. Bayern bekämpfe jede Verfassungs- und Reichsreform, die außerhalb des Rechts mit Gewalt durchgeführt werden sollte. **Erst wenn die verfassungsmäßigen Organe, also Reichsrat und Reichstag, sich gegen eine Reform oder gegen einzelne als notwendig erkannte Reformen wenden sollten, wäre es berechtigt, die Frage zu unternehmen, ob über die verfassungsmäßigen Bestimmungen hinweggegangen werden könne.** Man habe aber bis jetzt nicht den leisesten Versuch gemacht, die Verfassungsreform an die verfassungsmäßigen Instanzen überhaupt heranzubringen.

Was die Beseitigung des **Dualismus Preußen-Reich** anlange, so habe sich Bayern dagegen nie gesträubt. Dr. Held erinnerte an seine Stellungnahme auf der Länderkonferenz, bei der er sieben Grundforderungen hierzu aufgestellt habe, davon die, daß den anderen Ländern unter allen Umständen zuvor verfassungsmäßige Garantien gegeben werden müßten, daß sie nicht automatisch oder willensmäßig von diesem neuen Reich bedrängt oder in ihrer Selbständigkeit beeinträchtigt werden könnten. Die Wirkungen des Dualismus Preußen-Reich würden weit übertrieben. Ueber die Unterredung mit dem Reichskanzler im August d. J. sagte der Ministerpräsident, der Reichskanzler habe damals erklärt, auf seinem Stuhl habe noch niemals ein Mann gesessen, der so Föderalist sei wie er. Zudem habe der Kanzler ausdrücklich die Zusicherung gegeben, es werde nichts getan werden, ohne vorher mit Bayern und den anderen Ländern in Verbindung zu treten. Zu den Geschehnissen vom 20. Juli erklärte der Ministerpräsident, Bayern sei vor den Staatsgerichtshof gegangen nicht um der preußischen Regierung Hilfsstellung zu leisten, sondern deshalb, weil das, was heute Preußen geschehen sei, unter ähnlichen Voraussetzungen auch Bayern gegenüber unternommen werden könne. Zu dem, was nach dem Urteil des Staatsgerichtshofs geschah, sagte Held, man habe, statt aus dem Urteil die Folgerungen zu ziehen, in einer **raschen und heimlichen Weise Tatsachen geschaffen**, über deren Charakter man keinen Augenblick im Zweifel sein könne. Die Maßnahmen selbst seien nicht mehr Provisorien, sondern **das Kernstück der Reichsreform**, die Gleichhaltung zwischen Reich und Preußen, die Bayern unmittelbares Interesse deshalb berühre, weil dadurch die preußische Willensbildung gleichzeitig Willensbildung des Reiches würde. Die Männer, die hinter diesen Plänen stünden, wüßten genau, was sie wollten: die Reichsgewalt als einzige Zentralgewalt installieren und aus den Ländern Mittelinstanzen zu machen, die nichts zu sagen haben. Mehr noch: in der Ernennung des Staatssekretärs Popitz sehe er ein Zeichen, daß man darüber hinaus auch die Gemeinden dem Einfluß des Reiches unmittelbar unterstellen wolle. Eine solche Reichsreform sei nicht föderalistisch, sondern durchaus zentralistisch. Held verwahrte sich gegen den Vorwurf unehrerbietiger Handlungen gegen den Reichspräsidenten und kam dann auf seine Stuttgarter Rede zu sprechen, deren Charakterisierung als Wahlrede er scharf zurückwies. Für eine Reichsreform sei Bayern zu haben, aber nicht auf dem Wege des Staatsstreichs oder des Artikels 48. Neben einer starken Reichsgewalt müßten auch die Rechte der Länder gesichert bleiben.

Eine Erklärung der Reichsregierung

Bayern ist unterrichtet gewesen

Berlin, 3. Nov. Zu der neuen Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Held vor Vertretern der Presse wird an maßgebender Stelle ausdrücklich betont, daß die Reichsregierung mit der bayerischen Regierung durchaus darin einig ist, daß eine Reichsreform nicht durch Maßnahmen auf Grund des Artikels 48 der Verfassung oder durch Gewaltanwendung erfolgen soll. Wenn Ministerpräsident Held weiter hervorhebt, daß ihm Reichsinnenminister Freiherr von Gayl zugesichert habe, den Entwurf einer Reichsreform vorher zur Stellungnahme zuzuleiten, so deckt sich diese Zusicherung des Reichsinnenministers vollkommen mit dem schon vorher wiederholt von der Reichsregierung gemachten Erklärungen gegenüber Bayern. **Die Reichsregierung hat diese Zusagen auch völlig innegehalten, denn es sind von der Reichsregierung keinerlei Maßnahmen getroffen worden, durch die die Verfassung angetastet wird, oder die Struktur des Reiches geändert werden soll.** Es kann nur immer wieder betont werden, daß alle Maßnahmen des Reiches in Preußen sich durchaus im Rahmen des Leipziger Urteils halten.

Dr. Held beschwert sich dann weiter, **daß er auch über diese Maßnahmen in Preußen nicht unterrichtet worden sei. Demgegenüber wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß der bayerische Vertreter in Berlin, Gesandter von Preger, durch den Staatssekretär der Reichskanzlei, Planck, eingehend über die bevorstehenden Maßnahmen in Preußen unterrichtet worden ist. Gesandter von Preger hat dem Reichskanzler ausdrücklich bestätigt, daß er diesen ihm mitgeteilten Standpunkt der Reichsregierung sehr ausführlich nach München weitergemeldet hat.**

Wenn Ministerpräsident Held dann am Schluß betont, daß die Möglichkeit einer Verständigung durchaus nicht ausgeschlossen ist, so stimmt ihm die Reichsregierung darin vollkommen zu. Nur ist man in Berlin der Auffassung, daß eine Fortsetzung dieser **öffentlichen Auseinandersetzung nicht der geeignete Weg dafür sei.**

Aus dem Wahlkampf

Hitler spricht in Hannover

Hannover, 3. November. In einer großen nationalsozialistischen Kundgebung sprach heute Adolf Hitler, der in seiner Rede die Gründe darlegte, die ihn veranlaßten, am 13. August das Angebot der Regierung, das Amt als Vizekanzler zu übernehmen, zurückzuweisen. Hitler bezeichnete diese Entscheidung als die schwerste seines Lebens. Die Regierung habe den Nationalsozialismus nicht verstanden, sondern ihn in einen Kampf gezwungen, den er niemals aufgeben würde, es sei denn, daß er sterben würde.

Gregor Straßer über die Legalität der NSDAP.

Königsberg, 3. November. In einer Wahlversammlung der NSDAP. erklärte heute abend Gregor Straßer, die Wahl vom 6. November müsse auf Jahre hinaus die letzte sein. So oder so. Die Frage der Legalität der NSDAP. wurde in diesem Zusammenhang in der seit Beginn des Wahlkampfes von nationalsozialistischer Seite schon mehrfach gehörten Art auch von Gregor Straßer wieder gestellt. Er meinte, wenn die Reichsregierung glaube, die Verfassung nicht achten zu dürfen, dabei aber Adolf Hitler auf Ewigkeit zu verpflichten, die Legalität zu wahren, dann werde die Zeit kommen, wo man sich zusammensetze und über eine Aenderung der nationalsozialistischen Taktik berate.

*

Wahlaufruf der Deutschnationalen

Berlin, 3. November. Der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenberg erläßt zur Wahl einen Aufruf, in dem es heißt: Parteienstaat oder unabhängige Staatsführung, das ist die Frage, der die Entscheidung des 6. November gilt. Im Reiche haben wir eine von allen Parteien unabhängige Regierung. In Preußen sind die schwarz-roten Machthaber aus ihren Machtstellungen entfernt. Wollen wir zurückfallen in die Zeit der Herrschaft der Roten und der Schwarzen, oder wollen wir deren Parteiregiment durch ein anderes Parteiregiment ersetzen? Wer beides nicht will, wer einen neuen auf dem nationalen Gedanken aufgebauten, aber vom Sozialismus freien Staat will, wer eine unabhängige und starke Staatsführung für die Voraussetzung eines neuen und größeren Deutschland ansieht, der kann nur die Deutschnationale Volkspartei wählen.

Neues vom Tage

Aenderung der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge

Berlin, 4. November. In den nächsten Tagen wird, wie die „Deutsche Allgem. Zeitung" meldet, eine neue Verordnung des Reichspräsidenten über Aenderungen in der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge erscheinen. Diese Verordnung enthält zunächst die angekündigte Erhöhung des Reichszuschusses für die Gemeinden, die bisher einen Reichszuschuß im Monatsdurchschnitt von 60—65 Millionen bekamen. Künftig soll dieser Betrag auf 75 Millionen erhöht werden. Zu Gunsten der Landgemeinden, die im Winter eine besonders hohe Erwerbslosenziffer haben, ist außerdem eine Aenderung des Verteilungsschlüssels vorgesehen. Besonders wichtig ist für die Gemeinden die Ankündigung, daß vom 1. November bis 30. April kein Unterstützungsempfänger mehr aus der Krisenunterstützung ausgesteuert werden soll. Es kann also keine Erhöhung der Wohlfahrtserwerbslosen eintreten, so daß die Gemeinden vor einer Steigerung ihrer Wohlfahrtslasten bewahrt bleiben.

Die Reichsregierung glaubt, so schreibt das Blatt weiter, zu diesen Maßregeln greifen zu können, weil sich herausgestellt hat, daß die Durchschnittsziffer der Erwerbslosen, die nach den Berechnungen vom Juni noch 5,9 Millionen betrug, gegenwärtig nur noch 5,53 Millionen beträgt.

Rundfunkrede des Reichskanzlers

Berlin, 3. Nov. Reichskanzler von Papen spricht am Freitag, den 4. November, von 20 Uhr bis 20.15 Uhr im deutschen Rundfunk über alle Sender zur Lage.

Neue Berechnungsgrundlagen der Steuergutscheine für Mehrbeschäftigung

Berlin, 3. Nov. Im Reichsanzeiger wird eine Verordnung zur Aenderung der Durchführungsbestimmungen zur Steuergutscheinverordnung vom 31. Oktober veröffentlicht, welche die Berechnung der Belegschaftszahlen vereinfacht, entstandene Zweifel und Härten beseitigt und die Berechnungsart in Uebereinstimmung mit derjenigen der Tariflockerungsverordnung bringt. Zugleich mit dieser Verordnung wird die „Bestimmung der Saison- und Kampagne-Gewerbe" vom 26. September 1932 in erweiterter Fassung neu erlassen. Die wichtigste Aenderung ist die Aufnahme des gesamten Einzelhandels (mit Ausnahme des Handels mit Drogen und Apothekerwaren) in die Liste der Saisongewerbe.

Illegale Selbsthilfe kommunistischer Erwerbsloser

Thale a. H., 3. Nov. Der Magistrat hatte einen Antrag der Erwerbslosen auf Ueberlassung von Brennstoff abgelehnt. Darauf stellten die Erwerbslosen dem Magistrat ein Ultimatum, in dem sie ankündigten, daß, falls nicht zu Anfang der Woche das verlangte Brennmaterial bewilligt würde, ein Gemeindewald abgeholzt werden würde. Der Ankündigung folgte die Tat. Morgens zogen etwa 100 Erwerbslose in den Gemeindewald und begannen mit dem Abholzen der Bäume. Als die Polizei eintraf, waren bereits 25 starke Bäume umgelegt. Der Rädelsführer, ein Kommunist, wurde verhaftet. Gegen 30 weitere Personen wird das Verfahren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet werden. Nach diesem Vorfall kam es in der Stadt mehrfach zu Zusammenstößen, die aber bald wieder zerstreut werden konnten.

Schwerer Raubüberfall in Göttingen

Göttingen, 3. Nov. Vor dem hiesigen Landgerichtsgebäude wurde ein schwerer Raubüberfall verübt. Dem 18jährigen Kassenboten Heise der Göttinger Gewerbebank wurde von zwei Motorradfahrern **seine Aktentasche mit 5000 RM. Silbergeld entrissen.** Heise setzte sich zur Wehr, mußte sich aber, als die Räuber auf ihn schossen, zu Boden werfen. Er wurde nicht verletzt. Ein hinzuspringender Passant wurde gleichfalls von den Tätern angegriffen. Die Täter konnten mit ihrem Motorrad die Flucht ergreifen. Die Räuber schossen dauernd auf ihre Verfolger und entkamen.

Furchtbarer Tod einer Greisin

Belgrad, 3. Nov. In einzelnen Gegenden Südslawiens herrscht noch immer der Aberglaube, daß die Toten mit einem Nagel an den Sarg geheftet werden müßten, damit ihr unruhiger Geist die Hinterbliebenen nicht belästige. Die 124jährige Frau Petria Nedelkowitsch war an einer Lungenentzündung erkrankt und scheinbar der Krankheit erlegen. Als man die Frau in den Sarg bettete, brachte ein Nachbar einen langen Nagel, um die Leiche an den Sargboden zu heften. Von dem ersten Hammerschlag jedoch erwachte die Scheintote und stieß einen markerschütternden Schrei aus. Ihre 21 Kinder und die übrigen Verwandten flüchteten in panischem Schrecken. Erst nach längerer Zeit wagte sich jemand an den Sarg, um der Frau Hilfe zu leisten. Sie starb jedoch nach qualvollen Leiden. Die Behörden haben eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 4. November 1932.

Eine Altensteiger Achtzigerin in Stuttgart. Am nächsten Sonntag, den 6. November 1932 feiert Frau Anna Egerer geb. Schiler, Tochter des im Jahre 1873 verstorbenen Dr. med. Schiler aus Altensteig und Witwe des Oberpräzeptors Egerer-Stuttgart in Stuttgart inmitten eines großen Kreises von Kindern und Enkelkindern in guter Gesundheit ihren 80. Geburtstag. — Noch heute verbinden sie mit ihrer Vaterstadt Altensteig Bande der Anhänglichkeit und Verwandtschaft, die sie insbesondere auch als treue Leserin der Altensteiger Zeitung betätigt. Wir gratulieren!

Versammlung der NSDAP. Die gestrige Kundgebung der NSDAP. im Saal des „Grünen Baum" hatte die Einwohner von Altensteig und Umgebung in außergewöhnlich starker Zahl angelockt, wohl in der Hauptsache, um in dem angekündigten NS.-Tonfilm Göring und Hitler zu sehen und sprechen zu hören. Im Mittelpunkt des Abends stand die Rede des Gauleiters von Württemberg, Pg. v. Jagow, an welche sich die Vorführung des „U-Boot 9"-Films anschloß. Mit der Vorführung des mit größter Spannung erwarteten NS.-Tonfilmes wurden die Anwesenden auf eine harte Probe von Geduld gestellt. Durch einen technischen Mangel konnte jedoch leider die Tonübertragung nicht durchgeführt werden, so daß man sich nach einigen Versuchen mit der nur bildlichen Uebertragung abfinden mußte. Der Gesamteindruck der Kundgebung erlitt aber dadurch keinen allzu großen Abbruch, durch die überragende Rede des Gauführers, die starken und nachhaltigen Eindruck fand, wurde ihr bereits die besondere Note gegeben. Nach einer kurzen Begrüßung durch den hiesigen Ortsgruppenführer ergriff v. Jagow das Wort zu seiner Rede, die er kurz fassen mußte, da er noch am gleichen Abend in Wildberg in einer weiteren Versammlung erwartet wurde. Zwei Bilder von dem Sterben und der Zuruhelegung von SA.-Männern ließ er zu Beginn seiner Rede vor den geistigen Augen der Versammelten erstehen, die ihn besonders bewegt haben und in welchen die echte deutsche Gesinnung zum Ausdruck kam, die Gesinnung, die Deutschland einst groß machte und auch wieder groß machen wird. Wir haben heute eine Regierung in Deutschland, die nie in die Verlegenheit gekommen wäre, in Deutschland zu regieren, wenn die NSDAP. nicht in jahrelangem Kampf Marxismus und Bolschewismus zurückgehalten hätte. In diesem Hinblick ist es unverständlich, daß Papen bei seiner Rede in München sich äußerte, daß er nicht verstehe, daß die NSDAP. immer wieder auf ihre 300 Opfer hinweise, die doch gegenüber den Toten des Weltkrieges eine verschwindend kleine Zahl darstelle. Wenn Papen dies sagt, so beweist er, daß er nicht fühlen und denken kann, was heute im deutschen Volk vor sich geht. Dort hatte das ganze deutsche Volk Opfer gebracht, um die Ehre Deutschlands den Feinden gegenüber zu halten, während hier in die Arglosigkeit und Ahnungslosigkeit Mord und Bruderkrieg hineingetragen werden. Die ganzen Verhältnisse, aus denen Papen herauskommt, auch seine Haltung während des Krieges und nach dem Kriege, über die v. Jagow einige kurze Streiflichter aufrollte, zeigen deutlich, daß Papen niemals gelebt und erlebt hat, was der eigentliche Geist des deutschen Volkes ist. Auch als Abgeordneter der Zentrumspartei habe er acht Jahre lang nicht von sich reden lassen, obwohl er gewiß Gelegenheit hatte, seine Wege zur Rettung Deutschlands längst schon zu zeigen. Er ist am allerwenigsten der Mann, der Deutschland führen kann. Adolf Hitler, der einfache, feldgraue und pflichtbewußte Mann kehrte aus dem Kriege mit einer Idee heim, einer Idee, von welcher er trotz allen Widerwärtigkeiten, die ihm in den Weg gestellt wurden, nicht abließ, die er immer wieder verteidigte, um die er in Stadt und Land warb und die nun heute viele Millionen mit dem gleichen Feuer und dem gleichen Ernst beseelt, das Fundament das Adolf Hitler erstellt hatte, weiter zu halten und auszubauen. Es wird vielleicht von mancher Seite nicht verstanden, warum Hitler den Posten eines Vizekanzler nicht angenommen habe, nachdem ihm der Posten des Reichskanzlers, der ihm als Führer der auf legalem Weg ein... en Reichstag eingezogenen stärksten Partei zustehen sollte, in ... t wurde. Vizekanzler oder preußischer Ministerpräsident versa... den lag niemals im Sinne Adolf Hitlers und auch nicht zu wer... n seiner Idee; es wäre ein Posten ohne jede Bedeutung im We... ett und mit dem er gleichsam das fünfte Rad am im Kabi... ildet hätte. Er konnte nicht anders handeln als hier Wagen ge... bzulehnen, um nicht seinen Namen und die Bedeu- entschieden ... ewegung zu verlieren. Es gab hier nichts anderes, tung seiner B... n Weg weiterzuschreiten, einen Zusammenschluß als den legal... ner Regierung, die von dem Vertrauen des zur Bildung ei... getragen wurde, zu finden. Hierauf sind die Reichspräsidenten ... aßers mit dem Zentrum zurückzuführen, es Verhandlungen St... schaffen, sich durchzusetzen und der anderen galt eine Basis zu ... chaffungsprogramm vorzulegen mit der Partei das Arbeitsbe... echten zu helfen in einer Regierung, die Forderung, es mit durch... nzler führen würde. An der Auf- Adolf Hitler als Reichsk... , die noch wenigstens vor Torschluß lösung des letzten Reichstag... daß hinter Papen nicht die Mehr- eindeutig klar gezeigt habe, ... rgab, habe die Deutschnationale heit stehe, wie er noch selbst ... man sich bedanken, wenn jetzt Partei viel Schuld, bei ihr könn... en Kosten eines neuen Wahl- das Reich und das Volk in die tief... hr, gestürzt würde und der kampfes, den fünften in diesem J... sei dies gewiß nicht die wieder neue Unruhen bringe. Auch ... urbelung der Wirtschaft. Voraussetzung der viel gepriesenen Ar... wartende Haltung der wo jedesmal eine neue Wahl eine ab... Interessant aber wirk ganzen Wirtschaft mit sich gebracht habe. ... n wird, die ja ihm nun sein, was Papen nach dieser Wahl ... Die Beantragung nicht das erwünschte Resultat bringen ... as Nächstliegende einer Verfassungsreform wird wohl für ... neuen Reichstag sein. Es ist aber ausgeschlossen, daß er ... at nicht. Dann damit durchsetzen wird, ebenso auch beim ... r Verfassung bliebe nur sein Abtreten oder der Weg, ... ll wäre der eigenmächtig abzuweichen, übrig. Im jetz... u marschie Zeitpunkt gekommen, wo die SA. beginnen ... der KPD. ren. Wenn sie dies nicht tut, so würde sie die ... e ihren und der SPD. freimachen. Die Partei geht ... auch die legalen Weg und kann ihn auch nur gehen, ... Regierung Regierung legal bleibt. Nicht Frieden bringt ... Lage sein Papen, sondern Unfrieden, weil Papen nicht in ... Politik wird, die Stände zu vereinigen. Auch die bis... rtschaft Papens mangele jeder Grundlage. Kredit sei in ... hineingepumpt worden, ohne dafür zu sorgen, wie er... folgt. Steuerzahler, die keine Steuerrückstände haben ... Steuergutscheine. Wer ist aber ohne Steuerrückstän... kleine Gewerbetreibende und auch der Bodenbesitz gen... dafür aber die großen und volksfremden Konzerne, ... neuem gestärkt werden, während der bodenständige Unter... weiterhin dem Untergang geweiht sein wird. Auch mi... Prämie bei Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften verhä... sich in vielen Fällen ebenso. Wenn hier bisher ein Unter... mer für das Los seiner Arbeiter eintrat und deren Zahl un... eigenen Opfern nicht verringerte und niemanden auf die Stra... setzte, so wird er durch diese Bestimmung im richtigen Sinn de... Wortes bestraft. Auch wenn sich der erlaubte Abbau der Löhne durchsetzt, braucht sich kein Mensch zu wundern, wenn von seiten

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

der KPD. und SPD. Unruhen entstehen. Außerdem wird dieser fortwährende Abbau bestimmt nicht die Kaufkraft stärken. Wir müssen bedenken, daß durch den Weltkrieg unsere Weltwirtschaft zurückgeworfen wurde. Wir werden uns natürlich das bißchen Weltwirtschaft, das wir noch haben, nicht abschließen, aber es muß Pflicht werden, nichts mehr einzuführen, was ebensogut in Deutschland erzeugt werden kann. Hier muß eine Regierung sein, die aufklärt und die eine Gesinnungsänderung herbeiführt. Auch die Ausfuhr Deutschlands ist nicht mehr wie früher. Es gibt allerdings manche Möglichkeiten, mit deren Anwendung ein Volk gesunden kann, aber zu den meisten sind uns die Hände gebunden. Dagegen werden wir rettungslos dem Untergang zuschreiten, wenn wir ohne Gegenwehr der Auswanderung wertvollster Menschen und auch dem fortschreitenden Geburtenrückgang zusehen. Es gibt nur einen Weg zur Gesundung Deutschlands, in der planmäßigen Durchführung der Arbeitsdienstpflicht, die wohl bereits von vielen Seiten aufgegriffen wird, aber in diesem geringen Umfang nichts bedeutet. Wir brauchen eine Arbeitsdienstpflicht, die die junge Generation ohne Ausnahme zur Ausübung des Dienstjahres heranzieht. Dann wird sich auch das deutsche Volk wieder durchsetzen, dann wird auch die Arbeit zum Segen werden. Besonders Bodenkultur könnte in ganz großem Maßstab durchgeführt werden. Durch Entwässerung und Bewässerung könnten viele Millionen neues Volkseinkommen geschaffen werden. Aber dies alles muß das ganze Deutschland miteinander schaffen. Diese Heranziehung zum Arbeitsdienst würde auch zur Hebung der gesamten Wirtschaft wesentlich beitragen. Wohl wird eine Abwanderung aus den Städten vor sich gehen, aber dies wäre ja auch kein Nachteil. Deutschland könnte sich zweifellos so ausbauen, daß es wirklich auskommen könnte. Die Schaffung einer Wehrkraft ist notwendig, auch müssen wir uns Bundesgenossen schaffen, die mit uns gehen und die mit uns Frankreich zum Nachgeben veranlassen. Das Gleichgewicht der Kräfte auf der Welt muß wieder geschaffen werden, wenn die Prophezeiung Ludendorffs, daß ein Weltkrieg auf deutschem Boden droht, nicht zur Tatsache werden soll mit all den entsetzlichen Auswirkungen. Alles was die Regierung Papen tut, dient nicht dem Volk und seinem Wiederaufstieg, es bringt im Gegenteil den Bolschewismus und den Bürgerkrieg. Diese Politik muß ohne Resultat bleiben. Unterstützt das Programm der NSDAP., das zur Gesundung Deutschlands führen wird. Es geht um das Letzte: Dort mit Papen zum Untergang, hier mit Hitler zum Aufstieg. Hö.

Freudenstadt, 3. November. (Unfall.) Am Mittwoch, den 2. November ereignete sich unterhalb des Stadtwaldes ob dem Gasthaus zum „Schiff" ein schwerer Unfall. An dem mit Grünfutter beladenen Wagen des Friedrich Trück von Baiersbronn-Bahnhof hat sich ein Rad gelöst und war auf der steilen Strecke abgesprungen. Das scheuende Pferd riß das Fuhrwerk noch eine Strecke fort, bis der stürzende Wagen im Vorderteil zusammenbrach. Der Fuhrmann konnte sich nicht mehr in Sicherheit bringen und mußte schwer verletzt dem Bezirkskrankenhaus zugeführt werden.

Freudenstadt, 3. November. (Abgemeldete Kraftfahrzeuge.) In Auswirkung der Krise sind bis jetzt seit Anfang Oktober 130 Kraftfahrzeuge abgemeldet worden, während es im vorigen Winter nur 54 Kraftfahrzeuge waren.

= **Calw,** 3. November. Gestern verschied der älteste aktive Veteran von 1870/71, Friedrich Christ, in einem Alter von 84 Jahren. Derselbe war lange Jahre Schützenwirt und dabei ein sehr guter Erzähler. Er konnte sich mit Lebhaftigkeit an die früheren Vorgänge in der Stadt erinnern und in launiger Weise darstellen. Bis in die letzten Wochen fühlte er sich gesund, so daß er einen schönen Lebensabend genießen dürfte. — Die politischen Parteien entfalten eine rege Tätigkeit vor der Wahl. Dabei ist festzustellen, daß die Versammlungen nicht mehr so gut besucht sind wie bei der letzten Reichstagswahl. Bei den Wählern macht sich eine Wahlmüdigkeit schon vor der Wahl bemerkbar. — Der frühere Reichstag- und Landtagsabgeordnete Wilhelm Dingler, Führer des Bauernbundes, ist schwer erkrankt und befindet sich im hies. Krankenhaus.

Hösen, 2. November. Gestern abend halb 7 Uhr wurde ein hiesiger Ortseinwohner auf der Hauptstraße von einem Motorradfahrer aus Schömberg angefahren und verletzt. Der Motorradfahrer kreuzte beim Maler Ackermann'schen Anwesen ein von Neuenbürg herkommendes Auto. Durch dessen Scheinwerfer und eine am Unfallort befindliche Straßenlampe an einer klaren Sicht behindet, sah er einen vor ihm fahrenden, von drei männlichen Personen geschobenen Handwagen zu spät und fuhr mit seiner Maschine einen dieser Männer um.

Hochdorf, O.A. Horb, 2. November. (Tot aufgefunden.) Als gestern der 44jährige Stellwerksmeister Rentschler, der in Hochdorf bei der Bahn bedienstet war, nicht wie gewohnt zum Dienst erschien, auch auf Anruf kein Lebenszeichen in seiner verschlossenen Wohnung gab, stieg man von außen zum Fenster seines Zimmers empor und machte dabei die Entdeckung, daß er tot vor seinem Bette lag. Im Zweifel, ob es sich um ein Unglück oder um ein Verbrechen handle, rief man die Polizei, die nach eingehender Untersuchung zu der Feststellung kam, daß Rentschler von einem Herzschlag überrascht worden war.

Herrenberg, 3. November. (Winter-Vorboten.) Dieser Tage überflogen 35 Schneegänse unsere Gegend in westlicher Richtung. Darnach wird man auf einen baldigen Winter rechnen müssen. Nicht nur die Vorboten der Natur, sondern die meteorologische Wissenschaft gibt mancherlei Anhaltspunkte heraus, die auf einen baldigen Winter hinweisen.

Hessigheim OA. Besigheim, 3. Nov. (Nächtlicher Ueberfall.) In der Nacht wurde hier der 58 Jahre alte Nachtwächter Friedrich Schaaf nachts auf einem Dienstgang angefallen, zu Boden geworfen und blutig geschlagen. Auch das Messer spielte eine Rolle dabei. Schaaf mußte ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen und ist nun arbeitsunfähig. Als Täter wurde ein in Mundelsheim wohnhafter junger Ehemann ermittelt. Schaaf hatte zuvor die Polizeistunde angesagt und auch dem Täter dabei „abgeboten".

Göppingen, 3. Nov. (50 Pfund Butter gestohlen.) In der Nacht zum Mittwoch wurde in die Molkerei Eschenbach eingebrochen. Man nimmt an, daß es sich um mehrere Täter handelt, die durch ein Fenster eindrangen, die Tür zum Kühlraum aufbrachen und sämtliche Behältnisse durchwühlten. Gestohlen wurden insgesamt 49½ Pfund Butter.

Balingen, 3. Nov. (Sturz vom Rad.) Der Hausverwalter der Oberamtspflege, Karl Molteni, verunglückte, als er mit seinem Fahrrad durch die Tränenwiesenstraße fuhr. Ein Hund sprang ihm in die Fahrbahn und bewirkte den Sturz des Mannes, der mit 6 Rippenbrüchen und einer Schulterquetschung in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Tailfingen OA. Balingen, 3. Nov. (Verkehrsunfall.) Dienstag abend wurde ein 19jähriger Radfahrer, der von seiner Arbeitsstätte heimkehrte, von einem hiesigen Personenwagen angefahren. Beim Sturz vom Fahrrad trug er einen Schädelbruch davon. Am Mittwoch ist er seinen Verletzungen erlegen.

Waldburg OA. Ravensburg, 3. Nov. (Streit unter Hochzeitsgästen.) In einer Parzelle des hiesigen Gemeindebezirks entstand morgens zwischen 1 und 2 Uhr bei einer Hochzeitsfeier unter Gästen ein Wortwechsel, der in Tätlichkeiten ausartete, wobei Biergläser, Krüge und andere harte Gegenstände Verwendung fanden. Es wurden dabei mehrere jüngere Männer verletzt, sodaß außer dem Landjäger auch der Arzt in Tätigkeit treten mußte.

Aus Baden

Die blutige Tragödie im Landesgefängnis in Freiburg

Freiburg, 3. Nov. In der Krankenabteilung des Landesgefängnisses Freiburg hat sich, wie bereits berichtet, am Montag abend eine folgenschwere Bluttat ereignet. Eine amtliche Verlautbarung hat folgenden Wortlaut:

Der 35 Jahre alte Schlosser Karl Müller aus Etchenberg in Bayern der seit dem Frühjahr 1930 im Landesgefängnis Freiburg wegen mehrfachen Diebstahls im Rückfall eine dreieinhalbjährige Gefängnisstrafe zu verbüßen hat, war dort hinsichtlich seines geistigen Zustandes bisher in keiner Weise aufgefallen. Er war tagsüber in einer gemeinschaftlichen Werkstätte der Anstalt beschäftigt und schlief wie alle gesunden Gefangenen nachts über allein in einer Zelle. Am Sonntag abend rief Müller plötzlich laut um Hilfe. Beim Eintritt des Inspektors in seine Zelle äußerte er Verfolgungsideen. Müller wurde daraufhin in eine Beruhigungszelle verbracht. Weil aber Müller ein geängstigtes Wesen zeigte und erfahrungsgemäß derartige Angstzustände Inhaftierter in Gemeinschaft mit anderen leichter und rascher abklingen, veranlaßte der Anstaltsarzt seine Verlegung in einen Saal der Krankenabteilung, in welchem noch drei leicht Erkrankte untergebracht waren.

Hier war das Verhalten Müllers so, daß er nach ärztlicher Ansicht unbedenklich in Gemeinschaft gelassen werden konnte. Für die Nacht zum Dienstag ließ ihm der Anstaltsarzt ein Beruhigungsmittel verabreichen. Um 20.30 Uhr wurde der Krankenaufseher vorübergehend in den Zellenbau gerufen, um dort einem Gefangenen ein schmerzstillendes Mittel zu verabfolgen. Als er kurz darauf in die Krankenabteilung zurückkehrte, hörte er aus dem Saal Hilferufe und Schläge. Beim Oeffnen der Saaltür erhielt er von dem Gefangenen Müller einen wuchtigen Hieb auf den Unterarm, worauf er die Türe wieder abschloß und die Hauswache alarmierte. Diese erschien sofort. Mit ihrer Hilfe wurde der tobende Gefangene Müller festgenommen und isoliert. Müller hatte in einer plötzlich aufgetretenen und nicht voraussehbaren geistigen Verwirrung mittels einer von der Bettstelle losgerissenen Eisens einen seiner Mitgefangenen im Schlafe erschlagen und einen zweiten ebenfalls im Schlaf so schwer verletzt, daß er nach anderthalb Stunden starb. Es handelt sich um den 54jährigen, verwitweten Dominik Waibel aus Singen a. H. und den 52jährigen ledigen Engelbert Kluser aus Oberried (Kanton St. Gallen). Der dritte Saalinsasse, der 40jährige verheiratete August Lettin aus Eichstetten a. K. erlitt im Kampf mit dem tobenden Müller mehrere Verletzungen am Kopf, an den Armen und an einer Hand. Er wurde alsbald in die Chirurgische Universitäts-Klinik verbracht und befindet sich dort in befriedigendem Zustande. Das Ergebnis der amtlichen Untersuchung wird noch bekanntgegeben werden.

Freiburg, 3. Nov. (Keine Querverbindung Freiburg—Stuttgart.) Aus einem Briefwechsel zwischen dem Gemeinderat Waldkirch und der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Reichsbahndirektion Karlsruhe, über die Fortsetzung der Elztalbahn nach dem Kinzigtal ergibt sich, daß die Reichsbahndirektion Karlsruhe den Bahnbau ablehnt. Im Gegensatz zu den sorgfältigen Untersuchungen, die unter Führung der Freiburger Handelskammer angestellt worden sind, bestreitet die Reichsbahndirektion Karlsruhe die Rentabilität der Querverbindung Freiburg—Stuttgart. Die Entscheidung der Reichsbahndirektion hat in Oberbaden schwer enttäuscht. Man gibt die Hoffnung nicht auf, daß es gelingen wird, die Reichsbahndirektion doch noch für den Bahnbau zu interessieren.

Letzte Nachrichten

Schüsse auf Nationalsozialisten

Duisburg, 4. November. In der Nacht zum Donnerstag wurden in Meiderich an einer Bahnüberführung auf mehrere von einer Versammlung heimkehrende Nationalsozialisten von bisher unbekannten Personen beschossen. Der 18jährige Heinrich Hammacher aus Meiderich wurde durch einen Kopfschuß lebensgefährlich verletzt und ist seinen schweren Verletzungen bereits erlegen. Zwei angeblich an dem Ueberfall Beteiligte wurden festgenommen.

Die „Welt am Abend" verboten

Berlin, 3. November. Die der Kommunistischen Partei nahestehende „Welt am Abend" ist vom Berliner Polizeipräsidenten wegen ihrer Stellungnahme zum Verkehrsstreik bis zum 12. November verboten worden.

Auch die „Rote Fahne" verboten

Berlin, 3. November. Außer der „Welt am Abend" hat der Polizeipräsident nun auch die „Rote Fahne" bis zum 12. November wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze und wegen vorbereiteter Handlung zum Hochverrat verboten.

Brandgeschoß in SPD.-Versammlung geworfen

Altona, 3. November. Kurz vor Beginn einer SPD.-Kundgebung in Klein-Flottbeck wurde am Mittwochabend durch ein Fenster des Versammlungslokals von unbekannten Tätern ein kugelförmiges Holzgefäß mit brennendem Teer auf das Podium geschleudert. Das Feuer konnte im Entstehen gelöscht werden.

Flugzeug im Schneesturm abgestürzt

München, 3. November. Das Leichtflugzeug 1673, mit dem der Pilot Morzik 1930 den Europaflug gewann, wurde bei Oberankenreute von einem heftigen Schneesturm an einen Fabrikschornstein geschleudert und stürzte aus beträchtlicher Höhe ab. Der Flugzeugführer Pummer aus München erlitt, ebenso wie sein Fahrgast Pfitzer, außer einer Gehirnerschütterung schwere andere Verletzungen.

Die Maschine trug das nationalsozialistische SA.-Zeichen und war zu einem Werbeflug eingesetzt.

Wetter für Samstag

Westlicher Hochdruck hat das Barometer zum Steigen gebracht. Bei Island liegt aber eine starke Depression. Für Samstag ist deshalb zwar zeitweilig aufheiterndes, aber immer noch unbeständiges Wetter zu erwarten.

War OBERST nicht früher eine 5 Pfg-Zigarette?

Das ist sie noch immer, am Tabakwert gemessen. Unter Garantie wird auch jetzt noch der gute, echt macedonische Tabak verwendet wie damals, als OBERST noch 5 Pfennige kostete. Deshalb schmeckt sie ja auch gar nicht nach 3⅓ Pfennig. OBERST die 3⅓ Pf-Zigarette.

★

3⅓ OBERST Bei der nach teurer Marken Art sich Milde mit AROMA paart.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Die Deutschnationale Volkspartei stützt Hindenburg

mit seiner Regierung.

Wählt deshalb am 6. November

Liste 5

Altensteig.

Samstag und Sonntag

Metzel-Suppe

wozu freundlichst einladet

G. Roh zum „Engel"

Die beste Sozialpolitik

ist eine Politik, die für Brot und Arbeit sorgt.

Arbeiter und Angestellte!

Nur durch eine solche Politik können Eure sozialen Errungenschaften gerettet werden.

Folgt keinen Phrasendreschern, folgt der Vernunft!

Hindenburg will keine Sozialreaktion!

Wir wollen eine gesunde Wirtschaft,
sozialen Fortschritt,
Beseitigung der Not in Stadt und Land.

Wählt Deutsche Volkspartei Liste 7

Pelze! Pelze!

in großer Auswahl zu billigsten Preisen
empfiehlt

Chr. Schmid, Hut- und Mützengeschäft, Altensteig

„Grünen Baum Lichtspiele"

„Die Drei von der Tankstelle"

Die beste aller bisher erschienenen Tonfilmoperetten.
In den Hauptrollen Willy Fritsch und Lilian Harvey.

Vorstellungen:
Samstag 8.30 Uhr. Sonntag 3.30 und 8.30 Uhr.

Butterpergament-Papier

empfiehlt die

Buchhandlung Lauk, Altensteig und Nagold

Altensteig

Vorträge

über

„Zeitfragen im Licht des Evangeliums".

1. „Der Mensch ohne Gott", Vortrag von Stadtpfarrer Horlacher-Altensteig
   am Sonntag, 6. November.
2. „Christ, Volk und Staat", Vortrag von Pfarrer Baumann-Besenfeld
   am Donnerstag, 10. November.
3. „Christentum und Technik", Vortrag von Stadtpfarrer Fischer-Berneck
   am Sonntag, 13. November.
4. „Christ und Sport", Vortrag von Pfarrer Binder-Göttelfingen
   am Dienstag, 15. November.
5. „Lebensrätsel", Vortrag von Pfarrer Auer-Altensteig-Dorf
   am Donnerstag, 17. November.

Die Vorträge sollen im Gemeindehaus gehalten werden und pünktlich um 8 Uhr abends beginnen. Jedermann ist freundlich dazu eingeladen. Der Eintritt ist frei. Um ein Opfer zu Gunsten der Notleidenden in der Gemeinde wird gebeten.

J. A. Stadtpfarrer Horlacher.

Samstag, den 5. November 1932

keine Sprechstunde

(wegen Umzug)

Zahnarzt Dr. C. Seydel, Altensteig.

Walddorf.

Nächsten Sonntag

20er-Feier

im „Adlersaal", wozu freundlichst eingeladen wird. **Mehrere 20er.**

Für musikalische Unterhaltung ist gesorgt.

Schwäbische Bürger!

Deutschnationale und Nationalsozialisten haben aus **Parteiinteresse** die diesjährigen Wahlen erzwungen.

Die **Deutschnationalen** werden durch die **Ostjunker beherrscht,** für deren Interesse der **einzige württembergische Deutschnationale Abgeordnete** (Württ. Bürgerpartei) eintreten muß.

Die **Deutschnationale Leitung im Norden** fordert offen wieder das **Hohenzollernkaisertum.**

Die **Deutschnationalen** haben durch ihre Zeitungen das **unruhige Hitlertum** großgezogen.

Die **Nationalsozialisten** enthüllten ihren **marxistischen und bolschewistischen Sozialismus.** Bei Abstimmungen gehen sie mit den Kommunisten zusammen!

Die **Naziabgeordneten** sind nur **Nummern,** da sie abstimmen müssen, wie ihr Führer will.

Die **Deutsche Volkspartei** hat ihre Stellung aufgegeben, sie wird von der **Großindustrie im Norden und Westen** des Reiches **beherrscht.**

Im **Norden Großbetriebe** der Industrie und Landwirtschaft, im **Süden** dagegen **mittlere bis kleinste Betriebe.**

Kein Schwabe kann daher nach gründlicher Ueberdenkung obige Parteien wählen!

Die **Württ. Demokratische Partei und die Staatspartei im Reich** besteht **nur aus Bürgern des Mittelstandes.**

Die **Führung der Staatspartei** haben nun die **süddeutschen Demokraten** übernommen.

Ihr Württ. Wirtschaftsminister Dr. **Maier kämpft unbestritten** mit großer Energie **nur für den Mittelstand.** Deshalb

wählt

Liste 8 Wirtschaftsminister Dr. Maier Liste 8

den erprobten Kämpfer für Mittelstand, für nationale und soziale Demokratie

Nichtwählen bedeutet Stimmabgabe für Kommunisten und Nationalsozialisten

Ohne Schwächung der Radikalen keine Ruhe,
Ohne Ruhe keine Geschäftsbelebung!

---

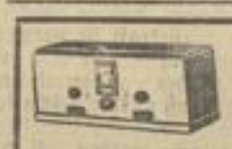
stützt Hindenburg

mit seiner Regierung

und wählt am 6. November

Deutschnational

Liste 5



Der neue Radio-Katalog des allbekannten Radio-Musikhaus Barth ist erschienen. Damit es auch dem Nichtfachmann leicht wird, unter der großen Anzahl der neuen Radio-Modelle 1933, die auf der diesjährigen Berliner Funkmesse erschienen sind, das richtige auszuwählen, enthält dieser Katalog interessante und lehrreiche Aufsätze. Verlangen Sie deshalb sofort per Postkarte gratis die Zusendung dieses neuen Kataloges.

Radio-Musikhaus **Barth,** Stuttgart/A, **Alter Postplatz**
Riesenauswahl — 24 Vorspielräume — 4 Spezialwerkstätten

Die alten und die neuen Sparer

halten unbeirrt zu ihrem Führer Bauser und wählen

Liste 14 Volksrechtpartei Liste 14

Bauser verkörpert im Wirrwarr der heutigen Politik das gute Gewissen mit Recht, Gerechtigkeit und Anständigkeit.

Darum nur:

Liste 14 Volksrechtpartei Liste 14

Inserate

erbitten wir uns frühzeitig

Altensteig

Winter-Mäntel
Geschäfts-Mäntel
Herren-Anzüge
Knaben-Anzüge
Arbeits-Anzüge
Herren-Pullover
Sporthosen
Arbeitshosen
Windjacken
Sportstrümpfe
Herrenhemden
Hosenträger
Kragen und Cravatten

empfiehlt zu äußerst billigen Preisen

Fritz Wizemann.

Mk. 1500.–

gegen 1. Sicherheit und gute pünktliche Zinszahlung von Selbstgeber gesucht.

Angebote unter Nr. 265 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Neukirchener
und
Herrnhuter

Abreiß-Kalender

sowie

Losungsbüchlein

empfiehlt die

Buchhandlung Lauk
Altensteig und Nagold.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw